

### Österreich



#### EU als Krisenfeuerwehr?

In den Umfragen steigt die Zustimmung zur EU – auch in Österreich. Aber kann die EU die Hoffnungen, dass sie die Krise meistern wird erfüllen? Wir meinen, dass die vermeintlichen Lösungen auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen ausgetragen werden. Und dass es zwischen den EU-Staaten wachsende Konflikte gibt. Seite 2

### Betrieb & Gewerkschaft



#### Wie Arbeitslosigkeit bekämpfen?

Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise gewinnt die Frage nach den Ursachen für Arbeitslosigkeit und den Wegen, sie zu bekämpfen, an Brisanz. Welche Alternativen zu herrschenden Konzepten gibt es? Seite 3

### Schwerpunkt



#### Neue Regierung – alte Politik

SPÖ und ÖVP betonen, einen neuen Stil des Regierens gefunden zu haben. Aber was haben wir tatsächlich von ihnen zu erwarten – und wem nutzt das Regierungsprogramm? Seiten 4/5

### Internationales



#### Welche Lösung für den Nahen Osten?

Die Lage in Gaza scheint ausweglos. Wir analysieren die Ursachen und Hintergründe des aktuellen Konflikts und mögliche Lösungsszenarien. Welche Rolle spielen Hamas, Israel und die USA? Seite 7

# Rassismus ist keine Lösung!

# Kapitalisten sollen für Krise zahlen!

## Linker Jugendkongress Ende Jänner

von Laura Rafetseder, SLP-Wien

Die ersten Verlierer der Krise stehen schon fest: 83.000 Kinder müssen laut Armutskonferenz diesen Winter frieren. Hunderttausende Menschen zittern um ihren Arbeitsplatz, vor allem Jugendliche finden keine Lehrstelle. Gleichzeitig wächst die rechte Gefahr – und nicht nur deshalb weil der 3. Nationalratspräsident Graf Menschen beschäftigt die bei einem Versand für "Nazi-Dreck" bestellen. Bei den letzten Wahlen haben 30% rechtsextreme Parteien gewählt; vor allem die FPÖ gibt sich sozial. Ihre "Antwort" auf die Krise beschränkt sich letztlich auf ein "Ausländer raus". Im Windschatten der FPÖ bauen sich Neonazigruppen auf und werden immer gewalttätiger. Die Zahl der Übergriffe auf MigrantInnen und AntifaschistInnen hat sich im letzten halben Jahr vervielfacht. Der Mordanschlag in Passau zeigt, wie groß die Gefahr von Rechts ist. Darum sind wir der Meinung dass wir echte Antworten auf Krise und Kapitalismus brauchen – und keine Scheinlösungen wie Rassismus.

Der Jugendkongress am 24.-25. Jänner ist eine Möglichkeit über eine sozialistische Alternative zu diskutieren. Hier kannst du dich informieren, diskutieren, erfahren was wir über die Krise denken und was du gegen die rechte Gefahr tun kannst. In Arbeitskreisen, in Diskussionen und beim Planen gemeinsamer Aktionen kannst du gemeinsam mit anderen aktiv werden!

"An meiner Schule sind SchülerInnen, die bei den Wahlen die FPÖ gewählt haben, aber nicht, weil sie die FPÖ als rechtsextreme Partei unterstützen, sondern weil sie die einzigen sind, die Jugendliche ansprechen. Viele denken, Strache kann ja nichts dafür, wenn Neonazis auf FPÖ-Wahlkampfveranstaltungen auftauchen. Wie kann ich argumentieren, dass Strache nicht so harmlos ist wie er tut?" (Nadine, 18)

In einem Arbeitskreis mit Heribert Schiedl, Experte für Rechtsextremismus des Dokumentationsarchives des Österreichischen Widerstands kannst du dich über das Rechte Netzwerk und ihren "Antikapitalismus" informieren. Wie rechts sind die rechten wirklich? Welche

Ideen vertreten die Olympia und Martin Graf? Sind sie so harmlos wie sie tun? Welche Links gibt es zwischen der FPÖ und der Neonazi-Szene? Im Arbeitskreis "Faschismus historisch - Aufstieg und Widerstand" kannst du erfahren, was die Ursachen für den Aufstieg des Faschismus waren, welche Aufgabe er für den Kapitalismus hatte und wie die Nazis in der Wirtschaftskrise pseudo-sozialistische Rhetorik nutzten.

"Mitglieder des Bund Freier Jugend waren wegen Wiederbetätigung angeklagt. Sie wurden in erster Instanz freigesprochen. In Linz tritt der BFJ nun wieder sehr selbstbewusst auf. Was kann ich tun wenn Mitglieder des BFJ an meiner Schule aktiv sind?" (Jonas, 15)

Im Arbeitskreis "Erfolgreiche Kampagnen gegen Rechts in Österreich und international" kannst du dich über Anti-Nazi-Kampagnen in anderen Ländern informieren und von deren Erfahrungen profitieren. Im Arbeitskreis "Was kann ich an meiner Schule gegen Nazis tun" kannst du konkret Aktivitäten planen und Erfahrungen austauschen. Im Rahmen eines Workshops werden wir die Demonstration gegen den Naziaufmarsch in Linz am 1. Mai vorbereiten – wenn es gelingt, gemeinsam den Naziaufmarsch zu verhindern, ist das ein großer Erfolg des Kongresses.

"Die Rechten profitieren vom Unmut über die Wirtschaftskrise. Was können wir tun, damit auch die linken Antworten gehört werden? Wer ist verantwortlich für die Krise? Und wie betrifft mich das?" (Oscar, 18)

In zwei Arbeitskreisen kannst du über diese Fragen diskutieren: "Ursachen und Hintergründe der Wirtschaftskrise" und "Linke Antworten auf Arbeitslosigkeit, Bildungsabbau und Armut". Warum gibt es keinen Kapitalismus ohne Krisen? Wie kann eine sozialistische Alternative aussehen? Wie können wir

uns gegen Bildungsabbau und Jobabbau wehren?

Komm zum Jugendkongress! Beteilige dich an den Vorbereitungen! Nimm FreundInnen, KollegInnen und MitschülerInnen mit! Wir helfen dir bei der Gründung von Schulkomitees und bereiten mit dir Aktionen vor!

# Linke Antworten auf Rassismus und Wirtschaftskrise

Wien, 24.-25. Jänner 2009



### FUSSBALL-TURNIER GEGEN RECHTS!

Samstag, 24. Jänner 2009 von 8.30 – 13.00 Uhr

Die 3 SpielerInnen, die vom Burschenschaftler und Nationalratspräsidenten Martin Graf (FPÖ) aus ihrem Verein Hellas Kagran ausgeschlossen wurden, laden zu einem antirassistischen Solidaritätsturnier.

Der FPÖ-Politiker Martin Graf (Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft Olympia) ist als Präsident des kleinen Wiener Fußballvereins Hellas Kagran verantwortlich für die Suspendierung von drei Spielerinnen. Ihr "Verbrechen": Sie sind gegen Graf und seine rechte Gesinnung. Der Wiener Fußballverband geht noch weiter und sperrt Spieler, die sich mit den drei Spielerinnen solidarisieren. Nun laden Margarita, Irene und Lucia zum Fußball-Soliturnier am 24.1.09 ein! Mitspielen können Frauen- und Männermannschaften aller Altersgruppen.

#### Antirassistisches Fußballturnier

Ort SC-Hakoah (2, Wehlstr. 326, Nähe U2-Stadion)

Datum Samstag, 24.01.'09 – 8:30

Anmeldung von Teams unter [soliturnier@gmail.com](mailto:soliturnier@gmail.com)

im Anschluss (14.00) Diskussionsveranstaltung  
Rassismus und Anti-Rassismus – das Beispiel Hellas Kagran  
LTM-Clubrestaurant, 2, Wehlstr. 320 (neben SC-Hakoah)

Das Turnier wird unterstützt von: Bundesfachgruppe Schiene - Gewerkschaft Vida, Gewerkschaftlicher Linksblock, Jugend gegen Rassismus in Europa, Mauthausen-Komitee Österreich, Sozialistische Jugend Wien, Sozialistische Linkspartei sowie Willi Mernyi (Vorsitzender Mauthausen Komitee)



Von Laura Rafetseder,  
SLP-Wien

Die IsländerInnen wünschen sich den Euro, in Irland droht im Falle eines zweiten Referendums ein Ja zum EU-Reformvertrag und auch in heimischen Umfragen hat die EU seit Oktober an Beliebtheit zugelegt. In Österreich ist die EU zwar unbeliebter als in anderen EU-Ländern, aber dennoch: 44 % erwarten von der EU Lösungen für die Wirtschaftskrise, 37 % von der österreichischen Regierung und nur 13 % von den USA (Quelle: SWS). Ein Schelm der denkt: Kein Wunder bei dieser Auswahl. Trotzdem gilt: Die Beliebtheit der EU in Österreich ist im letzten halben Jahr von 36 auf 39 % gestiegen (Quelle: Eurobarometer). Zwei Drittel sind der Meinung, dass Österreich die Krise nur mit Hilfe der EU bewältigen kann (Quelle: Österreichische Gesellschaft für Europapolitik). Andererseits ist das EU-Vertrauen der besonders stark von der Finanzkrise gebeutelten EU-Staaten Ungarn und Lettland inzwischen geringer als in allen anderen EU-Ländern – dort stehen scharfe Sparpakete auf dem Programm.

#### Nationale Interessen und Standortlogik

Soweit die Hoffnungen der Bevölkerung – aber kann die EU sie erfüllen? Der Gasstreit Anfang Jänner zeigte wieder einmal eine andere Wirklichkeit: Es wurde bekannt, dass jedes EU-Land selbst seine Preise aushandelt. Auch von Solidarität keine Spur: Während es bei uns noch schön warm war, frohren die Menschen in Bulgarien angesichts

## Die Krise hat das Image der EU scheinbar aufpoliert – aber kann die EU tatsächlich die Krise lösen? Krisen-Feuerwehr EU?



EGB-Demo in Brüssel

des Liederstopps bereits in kalten Wohnungen bei minus 20 Grad. Das Grundproblem hat sich bereits im Fall der Bankenrettungspakete gezeigt: Irland garantiert zu 100 Prozent die Guthaben bei irischen Banken. Nachdem auf einem EU-Gipfel noch ein gemeinsames Vorgehen angekündigt worden war, zieht Deutschland ohne Absprache nach – und Österreich folgt unmittelbar darauf. Der Grund: Jeder einzelne Nationalstaat will seine Schäfchen ins Trockene bringen und seinen Unternehmen – in diesem Fall: seinen Banken – Wettbewerbsvorteile sichern. Diese einander widersprechenden nationalen Interessen kommen einem EU-weiten, gemeinsamen Vorgehen in die Quere – und führen zu immer

tieferen Spannungen. Selbst wenn Sarkozy und Merkel wollen – sie können nicht anders. Sie sind die Hüter der Interessen der eigenen Unternehmen.

#### Lösungen auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen

Diese Spannungen zeigen sich auch wenn es um Euro und Staatsverschuldung geht: Es gibt zwar eine gemeinsame Währung – wenn auch noch längst nicht für alle – aber 27 unterschiedliche Nationalstaaten. In jedem Land gibt es unterschiedlich hohe Risikoaufschläge auf Staatsanleihen. Wenn ein Staat vermehrt Staatsanleihen ausgibt um "seine" Banken zu retten, gibt das Probleme für alle. Die EU hat zwar Konjunkturpro-

gramme angeordnet und die Maastricht-Kriterien aufgeweicht, aber das kann wiederum den Euro destabilisieren. Die Krise verhindern werden auch diese Konjunkturpakete nicht. Und nicht zu vergessen: Die EU vertritt immer noch die Interessen – bzw. deren kleinsten gemeinsamen Nenner – des Kapitals und der 27 kapitalistischen Regierungen der EU-Länder. Das bedeutet, dass die Krise auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen ausgegossen wird. Doch sobald das klar ist, drohen nationalistische Stimmen und Stimmungen wieder stärker zu werden. Daher braucht es Alternativen,

#### Was ist unsere Alternative?

Der Kapitalismus bringt auf-

grund seiner inneren Widersprüche immer wieder Krisen hervor. Wir sind daher der Meinung dass eine grundsätzliche Alternative zum kapitalistischen System nötig ist – eine sozialistische Gesellschaft. Darunter verstehen wir eine demokratisch geplante Wirtschaft in Europa und weltweit unter demokratischer Kontrolle der ArbeitnehmerInnen, die sich nach den Bedürfnissen der Menschen richtet und nicht nach den Profiten. Über die EU und ihre Gremien wird sich diese Alternative nie realisieren lassen. Wir wollen daher dazu beitragen, dass ArbeitnehmerInnen und Jugendliche ihren Widerstand vernetzen und grenzübergreifend eine Gegenmacht zu diesem Europa der Banken und Konzerne aufbauen.

### Landtags- und Gemeinderatswahlen in Salzburg

## Echte Alternative überfällig

Von Jan Rybak, SLP-Salzburg

Am 1. März finden in Salzburg Landtags- und Gemeinderatswahlen statt. Die letzte Wahl 2004 brachten zum ersten Mal seit 1945 die ÖVP-Mehrheit zu Fall. Gabi Burgstaller wurde Landeshauptfrau. Mit ihr waren viele Hoffnungen auf einen Wandel in der einstigen ÖVP-Hochburg verbunden. Die Bilanz sieht jedoch düster aus.

#### Eine düstere Bilanz

Die soziale Situation in Salzburg hat sich unter der SPÖ noch weiter verschärft. Dem Bericht der Salzburger Armutskonferenz zur Folge sind im ganzen Bundesland 15,9% (89.000 Menschen) armutsgefährdet und 7,2% (30.000 Menschen) von akuter Armut be-

troffen. Diese Zahlen sind auch deutlich höher als der Österreich-Durchschnitt (12,8% armutsgefährdet und 6% extrem arm). In Salzburg-Stadt verschärft sich die Armut auch noch dadurch, dass die Lebenshaltungskosten deutlich höher sind als in den anderen Landeshauptstädten. Es gilt noch immer, dass Salzburg die niedrigsten Löhne nach Eisenstadt und die höchsten Lebenshaltungskosten aller Landeshauptstädte hat – z.B. sind die Mietpreise in der Stadt Salzburg zwischen 8% und 16% höher als anderswo.

Noch Anfang 2008 fantasierte die SPÖ von Vollbeschäftigung im Bundesland. Ein Jahr später ist die Arbeitslosigkeit um 23,6% (!) gestiegen (der höchste Anteil im Bundesländervergleich).

#### Rechte Bedrohung

Bereits in der Vergangenheit zeichnete sich die FPÖ in Salzburg durch besonders widerliche Propaganda aus. Das Wahlprogramm strotzt nur so von rassistischen Rülpsen. Dementsprechend gebärdet sich der Anhang der FPÖ (im September 2008 wurde eine antirassistische Demonstration in Salzburg brutal von FPÖ-Schlägern angegriffen).

Doch so lange die Gewerkschaftsbürokratie weiterhin ernsthaften Widerstand der Menschen gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau verhindert oder bremst, so lange werden die rechten Hetzer eine Wahl nach der Anderen gewinnen. Wo sich soziale Wut nicht in Streiks und Kämpfen ausdrücken kann, dort wird sie

durch das Wählen von "Protestparteien" kompensiert. Notwendig ist eine starke linke Kraft auf der Straße, auf dem Wahlzettel und in den Parlamenten.

#### Linke Alternative ist überfällig

Die SLP, die als Teil des Bündnisses LINKE bei den Nationalratswahlen angetreten ist hat sich auch für die Landtags- und Gemeinderatswahlen um ein breites linkes Bündnis bemüht. Das Angebot an die KPÖ in Stadt und Land gemeinsam zu kandidieren wurde jedoch mit teilweise recht absurden Argumenten abgelehnt. Das ist sehr bedauernd, wäre es doch gerade im Zusammenhang mit Wirtschaftskrise, aufkommender Massenarbeitslosigkeit und Aufstieg der extremen Rechten

notwendiger denn je eine echte Alternative auf der Basis eines kämpferischen, sozialistischen Programms auf dem Wahlzettel zu haben.

#### Nach der Wahl...

Das Wahlergebnis ist noch nicht absehbar. Zu erwarten ist jedoch eine weitere Stärkung der extremen Rechten. Starke Teile der Salzburger SPÖ planen inzwischen mit einer eben solchen erstarkten FPÖ zu koalieren – ein weiterer Beweis dafür wie tief die SPÖ schon gesunken ist.

Fest steht auf jeden Fall: Die SLP wird sich vor wie nach der Wahl in Salzburg (und überall) aktiv den Widerstand gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau und gegen rassistische Hetzer organisieren.

#### Impressum:

Offenlegung lt. §25 des Mediengesetzes  
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und  
Redaktion: Sozialistische Linkspartei  
(SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Die  
SLP ist eine politische Partei, deren  
Vertretung nach Außen durch Bundes-  
sprecherin Sonja Grusch erfolgt. Die  
Redaktion der Zeitung Vorwärts hat John  
Evers inne. Grundlegende Richtung:  
Sozialistische Information im Sinne der  
Programmatik der SLP. Sitz der Partei:  
1070 Wien, Kaiserstr. 14/11;  
Auflage: Je nach Thema unterschiedlich.  
Druck: Druckerei Fiona, Wien;  
Herstellungs- und Verlagsort: Wien;  
DVR: 0820202  
Zulassungsnr.: 327808W97U  
Abos & Spenden: PSK 8812.733

Oberüberschrift

# Arbeitslosigkeit



Ihr da oben ...

**„Lohnverzicht rettet keine Arbeitsplätze ...“**

Meint der geschäftsführende Bundesvorsitzende der GMTN Reiner Wimmer. Er hat Recht! Ein Grund warum SLP, Linke und Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften den Vorschlag für 8% Erhöhung machen. Leider gibt es keine Lohnabschlüsse die auf Wimmers Erkenntnis aufbauen. Im November 08 einigten sich Gewerkschaft und Arbeitgeber in der Metallindustrie auf eine Erhöhung um 3,8% bzw. 3,9% der Ist-Löhne und eine Einmalzahlung. Sie gaben damit – wie immer – eine Leitlinie für die anderen Branchen vor: Im Handel wurden die Gehälter um 3,6% bzw. 3,7% (für die unteren Einkommen) erhöht. Im Öffentlichen Dienst um 3,55%, Im Gesundheits- und Sozialbereich um 3,6%. Im Sommer 08 lag die offizielle Inflationsrate bei 3,7%. Rechnet man mit den realen Steigerungen bei Lebensmitteln, Treibstoff, Gas, Strom und Mieten, bedeuten diese Abschlüsse starke Reallohnverluste.

Aber: Viele ArbeitnehmerInnen und Betriebsräte wollen eine konsequente Interessensvertretung die Kampfmaßnahmen organisiert, wenn es nötig ist. Im Herbst 08 gab es durchaus eine Stimmung für eine kämpferische Lohnbewegung! Im Sozialbereich, in der IT-Branche, und vor allem bei den MetallInnen gab es erste Aktionen. Bei einer BetriebsrätInnenkonferenz der MetallerInnen in St. Pölten, meinte ein Betriebsrat der Automobilindustrie: „Wir haben seit gestern Kurzarbeit, viele KollegInnen haben Angst, aber wir wollen Kampfmaßnahmen für einen ordentlich Abschluss – wir haben diese Krise nicht verursacht.“ Die Wortmeldung erntete Beifall von über 1500 BetriebsrätInnen, die Voest Betriebsräte betonten ihre Kampfbereitschaft und Betriebsselektionsrat Franz Sieder erntete tosenden Applaus, als er von der Notwendigkeit eines Streiks sprach. Die Gewerkschaftsspitze ließ diese Energie ins Leere laufen. SLP und Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften wollen mit allen kämpferischen KollegInnen eine klassenkämpferische Opposition im ÖGB aufbauen.

Chancen im IT Bereich...

Auch in der IT-Branche wurde die GPA/DJP-Spitze von der kämpferischen Haltung ihrer Mitglieder überrascht. Über 1200 kamen zu einer gemeinsamen Betriebsversammlung ins Austria Center. Für 15. Jänner sind bundesweit Betriebsversammlungen geplant. Scheitert die Verhandlungsrunde am 22. Jänner soll es längere Betriebsversammlungen geben. SLP und Plattform werden die Aktionen am 15.1 und weitere Aktionen so gut es geht unterstützen. Wir treten auch in der IT-Branche für eine 8% Gehaltserhöhung ein.

... wir da unten!

**Warum gerade auch NON-Profit-Unternehmen einen Betriebsrat brauchen**

## Ärger bei 94.0

von Sven Hilberth, ehemaliger Betriebsrat bei Radio Orange

Die Gründung von Betriebsräten kann noch nicht die Welt verändern. Aber sie kann im Arbeitsleben Verbesserungen für ArbeitnehmerInnen bringen. Manchmal auch zum Leidwesen der Arbeitgeber.

Dies ist bei gewinnorientierten Unternehmen eindeutig. Doch auch bei gemeinnützigen Vereinen und NGOs hat er seine Aufgaben, da hier die Neigung zur Selbstausbeutung besonders hoch ist. Dies hat zumindest der Vereinsvorstand von Radio Orange 94.0 („Verein Freies Radio Wien“), einem nichtkommerziellen, Freien Radio in Wien verstanden. Seit der Gründung des BR im Sommer 2004 kam es demzufolge immer wieder zu Auseinandersetzungen. Was waren die Streitpunkte: Kampf gegen zuschlagfreie Sonntagsarbeit, gegen Gratis-Überstunden, die entstehen, wenn mehr als 40 Mehrstunden am Quartalsende übrig sind sowie für jährliche Lohnanpassungen mindestens in Höhe der Inflationsrate. Basics im Arbeitsleben, die

als unrealistisch bzw. sogar Gefährdung des Freien Radios angesehen wurden, obwohl dieses seit 2004 durch öffentliche Gelder auf einer gesicherten finanziellen Basis steht. Aber der Schwarze Peter für Fehlentwicklungen wurde immer dem Betriebsrat zugeschoben. Durch Androhen von Änderungskündigungen bis hin zur Klage beim Arbeits- und Sozialgericht konnte hier eine Spaltung in der Belegschaft erreicht werden. Diese hat 2008 dazu geführt, dass es keine Mehrheit mehr für eine Neuwahl des Betriebsrats gegeben hat. Die Konsequenz: Nach dem Angebot von unzumutbaren und teilweise unbekanntenen Arbeitsbedingungen wurde ich als ehemaliger Betriebsrat zum 31.3.2009 komplett gekündigt.

Nicht nur die verlorene Auseinandersetzung mit dem Vereinsvorstand – dem Arbeitgeber, sondern auch ein arbeitsloser Ex-Betriebsrat mehr sind die nüchterne Bilanz aus dem verlorenen Kampf für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen beim Freien Radio in Wien.

**Belegschaft muss entscheiden, ob Streiks beendet werden**

## GPF macht Rückzieher

Von Wolfgang Fischer, SLP-Wien

Der (nur punktuell durchgeführte) Warnstreik der Postbediensteten am 10.12. 2008 gegen die Schließungspläne des Postvorstandes (1000 Postämter, 9000 Beschäftigte) wurde von der GPF-Gewerkschaftsbürokratie nach kurzem Säbelrasseln eilends abgeblasen. Weder die Angriffe auf die Beschäftigten, noch die Liberalisierung der Gelben Post sind damit vom Tisch.

Nach der Inszenierung dieser symbolischen Warnstreiks (die zum Teil nur 1-2 Stunden Schließung bedeuteten) wurde Tags darauf die 4-Punkte-Einigung zwischen Post-Vorstand Wais und der GPF-Chef Fritz als Erfolg für alle Beschäftigten präsentiert.

Mehr als vage Zusagen zur Änderung der Universaldienstverordnung, Diskussion eines Branchen-KV und „Abstimmung von Schließungsmaßnahmen“ enthält dieses Papier nicht. Weder die bis 2011 umzusetzenden Liberalisierungspläne, noch Postamt-Schließungen und Jobabbau wurden zurückgenommen.

Während für Sozialminister (und Ex-ÖGB-Chef) Hundstorfer sowie Kanzler Faymann weitere Streikmaßnahmen nun obsolet sind, hat die GPF-Bürokratie ihr Ziel – eine Einbindung als kompetente Berater des Post-Managements erreicht.

Hier zeigt sich das doppelte Gesicht der SPÖ und ihrer Verflechtungen mit der FSG-Bürokratie: mangels politischer und programmatischer Alternativen werden Sachzwänge im Kapitalismus akzeptiert, „notwendige“ Angriffe auf Beschäftigte sollen möglichst reibungslos über die Bühne gebracht werden.

Wie weitere Verschlechterungen verhindern?

Kampfmaßnahmen und Streiks müssen zukünftig von allen Beschäftigten gemeinsam beschlossen und aktiv aus dem Betrieb hinaus getragen werden (Kundgebungen, Demos). GewerkschaftsvertreterInnen sollen von unten kontrolliert werden, Verhandlungsergebnisse und Streikabbruch einer Urabstimmung unterzogen werden.



# Anders regieren – Nicht mit Fayr

*Wer schon einmal einen Krimi gelesen hat, der kennt die Frage: "Cui bono?" (Wem nützt es?). Sie erweist sich meist als hilfreich, um den Täter/die Täterin zu finden. Während diese Herangehensweise, nämlich Motive zu hinterfragen, in der Kriminalistik breit akzeptiert ist, wird sie in der Politik weitgehend ausgeblendet. Stattdessen wird so getan, als ob es ein "gemeinsames Interesse" und eine "objektive Wahrheit" gäbe. Tatsächlich gibt es aber sehr unterschiedliche Interessen die zu ganz unterschiedlichen Wirtschafts- und Politikkonzepten führen.*

von Sonja Grusch, SLP-Wien

Ein Hauseigentümer wird wohl kaum für eine Deckelung der Mieten sein. Ein Zigarettenproduzent gegen ein Werbeverbot für Tschick. Ein Industrieller nicht für höhere Umweltauflagen. Ein Millionär nicht für eine hohe Vermögensbesteuerung. Wer Anlegemöglichkeiten für sein Kapital sucht, wird sich für eine Privatisierung des Gesundheits- und Bildungswesens einsetzen. Wer aber täglich zur Arbeit gehen muss, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, Angesichts der Krise Angst um seinen Job hat und seine mühsam angesparte Zusatzpension zerrinnen sieht, hat andere Interessen. Nämlich eine saftige Lohnerhöhung, einen sicheren Job und ein Sozialsystem mit niedrigen Beiträgen und guten Leistungen. Darum gibt es auch keine allgemein "richtige" Politik, sondern nur eine, bzw. mehrere verschiedene, die sich an den Interessen jeweils unterschiedlicher Gruppen

orientiert. Wer also behauptet, objektiv zu sein und "das Richtige" zu tun, hat unrecht.

Was für manche richtig ist, ist für andere falsch

Dass "das Richtige" nicht einmal für ein und dieselbe Interessensgruppe ewig gleich bleibt, zeigt die aktuelle Position zur Frage von Verstaatlichung und Staatshilfe. Wer vor kurzem noch "mehr privat, weniger Staat" als Mantra hatte, fordert nun lautstark staatliche Hilfe. Cui bono können wir hier fragen. Ist die aktuelle Politik tatsächlich gut für alle? Ist die Rettung der Banken eine notwendige Maßnahme, von der auch die Bankbeschäftigten und die kleinen KundInnen profitieren? Werden durch die Hilfspakete der österreichischen Regierung tatsächlich Jobs gerettet?

Die Regierung: Diener ihrer Herren

Auch wenn wir das Parlament wählen dürfen, so orientiert sich die Regierung in ihrer Politik nicht an unseren Interessen. Die Politik wird viel eher "in den Chefetagen" gemacht. Die Gewerkschaft darf zwar teilweise in sozialpartnerschaftlicher Tradition ein bisschen mitreden - aber nur solange sie bereit ist den Kurs mitzutragen. (Wobei der ÖGB stets bemüht ist, gerade dass zu tun und dabei die Interessen der Beschäftigten hinten anstellt).

Zwar gibt es in Vorwahlzeiten, oder wenn es starken Druck z.B. aus Bewegungen oder den Gewerkschaften gibt auch Maßnahmen, die den UnternehmerInnen nicht so recht sind. Aber im Großen und Ganzen orientiert sich die Regierung an den Bedürfnissen von Reichen und Unternehmen. Darüber kann auch das Gerede von "Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut" nicht hinwegtäuschen: trotz Wachstum in den letzten Jahren sind die Reallöhne gesunken und niedriger als z.B. 2000. ArbeiterInnen müssen heute mit 11,1 Prozent weniger auskommen als im Jahr 2000.

"Wir würden ja gern" – Der Mythos von der linken SPÖ

Unter Faymann hat die SPÖ im Wahlkampf wieder stärker auf soziale Themen gesetzt. Aber leider, man sei halt in einer Koalition (das war schon die

Ausrede von Gusenbauer, Vranitzky, Klima...), da müsse man halt Kompromisse eingehen. Nun, dieses praktische Argument hat die SPÖ in Wien nicht. Hier verfügt sie über eine absolute Mehrheit - und betreibt auch keine "andere" Politik: Erhöhung des Gaspreises um 21%, des Strompreises um 8%. Mittels Cross-Boarder-Leasings wurden Wiener Straßen- und U-Bahnen sowie Teile der Wiener Kanalisation us-amerikanischen Finanzinstituten überlassen. Während es einerseits Ausgliederungen im Gesundheitswesen gibt hat andererseits Wiener Wohnen ("Gemeindebauten") seit 2004 keinen Neubau mehr errichtet und plant auch keinen - obwohl Zehntausende eine Wohnung suchen.

Die SPÖ ist schon längst keine linke Partei mehr. Sie hat zwar eine andere Geschichte als traditionelle bürgerliche Parteien ist aber heute kaum noch von der ÖVP zu unterscheiden. Wir meinen daher auch, dass eine SPÖ-Alleinregierung, egal ob mit einer Mehrheit im Parlament ausgestattet oder als Minderheitsregierung, keine grundlegend andere Politik machen würde. Aber gerade eine solche grundlegend andere Politik ist angesichts der tiefen wirtschaftlichen und sozialen Krise notwendig.

Es geht auch anders

Der Kapitalismus steht am Beginn seiner tiefsten Krise - wirtschaftlich und ideologisch - seit Jahrzehnten. Und klar ist auch, dass ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, Jugendliche und MigrantInnen die Hauptlast tragen sollen. Daher braucht es eine grundlegend andere Politik. Diese darf sich nicht verstecken hinter dem Gerede von "wir sitzen alle im selben Boot" - an den Wirtschaftsinteressen orientieren, sondern klar Position auf Seiten der ArbeitnehmerInnen und sozial Schwachen beziehen. Wir nennen das "einen Klassenstandpunkt haben". Wie könnte eine solche "andere" Politik nun aussehen, und wie könnte sie durchgesetzt werden? Wir haben in zahlreichen Publikationen ein umfangreiches Programm vorgestellt, daher hier nur einige Eckpunkte:

1 Mindestlohn von 1100.- netto, Recht auf einen Vollzeitarbeitsplatz, Arbeitszeitverkürzung auf 30-Stunden pro Woche

Statt Lohndumping, Kurzarbeit und weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit, wie sie z.B. die Wirtschaftskammer fordert, sollen durch eine drastische Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbussen Jobs gesichert werden. Die jetzigen Konjunkturpakete der Regierung orientieren sich ausschließlich an männlichen Beschäftigten. Gerade Frauen werden aber oft in schlecht bezahlte und unsichere Teilzeitjobs abgedrängt. Wer einen Vollzeitarbeitsplatz will hat das Recht auf einen solchen, die öffentliche Hand muss dafür z.B. durch ausreichend kostenlose Kinderbetreuungseinrichtungen den Rahmen schaffen.

Aber lässt sich das überhaupt durchsetzen? Dass ist eine Frage des Kräfteverhältnisses. Keine Verbesserung wurde den Beschäftigten geschenkt, freiwillig haben die Unternehmen NIE etwas hergegeben. Und gerade in Krisenzeiten ist es natürlich noch schwerer solche Forderungen durchzusetzen. Die bisherige, zurückhaltende Gewerkschaftspolitik hat uns bereits eine Reihe von Verschlechterungen bei Arbeitszeit und Einkommen beschert. Die Konflikte innerhalb der Gewerkschaft darüber "welcher Kurs" werden daher in Zeiten der Krise wohl noch heftiger werden. Denn der Gewerkschaftsführung ist klar, dass jede offensive Forderung, aber selbst Forderungen zum Erhalt des Status quo nur gegen massiven Widerstand der Unternehmer durchzusetzen sind. Und einen solchen Kampf zu organisieren steht im Widerspruch zur Politik der ÖGB-Führung. Wir meinen daher, dass es für eine andere Politik auch einen anderen, kämpferischen und demokratischen, ÖGB braucht.

2 Massives Investitionsprogramm in Gesundheit, öffentlichen Verkehr, Wohnen, Bildungswesen und Umweltschutz

Die Regierung zahlt Milliarden an Banken aus, damit diese weiter spekulieren können. Gleichzeitig kündigt Pröll Kürzungen für uns an. Dabei brauchen wir dringend zehntausende neue Wohnungen. Wir brauchen Geld für die Schulen und Universitäten um in kleineren Gruppen lernen zu können. Wir brauchen Geld für das Gesundheitswesen damit jedeR sofort die bestmögliche Behandlung erhält. Wir brauchen einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Nulltarif auf zumindest

## SPÖ/ÖVP-Regierungsprogramm stärkt FPÖ & Co.

*Das wesentliche Ergebnis der letzten Nationalratswahlen sind die knapp 30 % für das "Dritte Lager", bestehend aus FPÖ und BZÖ. Dieses politische Milieu erstreckt sich vom etablierten Rechtsextremismus inklusive verwunderlicher KarrieristInnen über hartgesottene Deutschnationale bis zu handfesten Nazis. Nur wenige Jahre nachdem sich die FPÖ aufgrund der Regierungsbeteiligung und dem folgenden rapiden Verfall an Wahlunterstützung gespalten hatte, befindet sie sich wieder auf einem Höhenflug.*

von Franz Neuhold, SLP Wien-Nord

Die Neue Große Koalition unter SPÖ-Kanzlerschaft tritt mit relativ knapper Mehrheit an. An ihrem Ende wird womöglich eine erneute Regierungsbeteiligung des Dritten Lagers stehen; mindestens jedoch seine weitere Stärkung. Und was noch schwerer wiegen könnte: es wird vielleicht in der Lage und willens sein, mittels faschistischer Schlägertrupps, die im Kern bereits existieren, offenen Jagd auf Menschen zu machen. Im Sog der gegenwärtigen und bevorstehenden FPÖ-Erfolge treten auch kleinere Nazi-Gruppen mit gestiegenem Selbstvertrauen auf. So steht für den 1. Mai in Linz die Ankündigung einer Demonstration von Nazis im Raum.

FPÖ-Politik ist etabliert

Die SPÖ hatte schon in der Zeit des (Vorwahl-)Kampfes Signale Richtung FPÖ gesendet und mitunter im Parlament (und nicht nur dort) handfest kooperiert. Schon die Politik der Großen Koalitionen der 1990er Jahre war geprägt von Überschneidungen zu FPÖ-Forderungen. Die deutlichst ausgeprägten Bereiche sind hierbei die Asyl-,

Migrations- und "Sicherheits"-Politik. Eine besondere Scharfmacherin ist die nunmehrige Innenministerin Fekter (ÖVP), die ihrem Parteikollegen Platter folgte. Es genügt, sich die Einschätzung eines Vertreters einer SPÖ-Jugendorganisation vor Augen zu halten: "Frau Fekter: Ihre Politik tötet" (Marko Miloradovic, Landesvorsitzender der JUSOS Tirol in einer Presseaussendung vom 1. Dezember 2008)

Rassismus konkret im Regierungsprogramm

Das erste, dass man im Regierungsprogramm zum Thema Asyl liest, ist die Überschrift "Konsequenter Umgang bei Asylmissbrauch". Der zweite Absatz beschäftigt sich mit Sperrfristen. Darin wird unter anderem die Einführung eines "Neuerungsverbot" von Folgeanträgen festgehalten. Das heißt: Wenn im Herkunftsland kein Umsturz passiert oder ein neuer BürgerInnenkrieg ausbrechen sollte, gibt es für die

Betroffenen keine Chance auf einen erneuten Asylantrag. Im letzten Absatz (1.4.) wird "Die Liste sicherer Herkunftsstaaten ... erweitert." Es gibt kaum mehr ein Land, das als nicht sicher eingestuft wird, was die Chance auf Asyl erhöhen würde. Dass Asyl eigentlich ein Menschenrecht ist, fällt unter den Tisch. AsylwerberInnen werden als VerbrecherInnen behandelt.

Da bei derartigen Dokumenten (wie eben einer Regierungserklärung) automatisch ein vergleichsweise gemäßigter und diplomatischer Ton angeschlagen wird, würde es nicht verwundern, wenn solche Abschnitte unter einer FPÖ-beteiligten Regierung zumindest ähnlich klingen. (Dies unge-



achtet dessen, was die FPÖ ärger treiben würde.)

Es ist übrigens im gesamten 267-Seiten-Dokument nichts darüber zu lesen, wie zum Beispiel die Regierung die Menschenrechtslage zu verbessern gedenkt, die auch letztes Jahr von Organisationen wie amnesty international scharf kritisiert wurde. Der Hinweis auf "Menschenrechte" erscheint im

Zusammenhang mit dem temporären Sitz Österreichs im entsprechenden UN-Rat (2011-2014). Das Wort "Rassismus" kommt sogar nur an einer einzigen Stelle vor: aufgrund von "Empfehlungen des UN-Ausschusses zur Eliminierung der Rassen-diskriminierung". Vor internationalen Kameras würde selbst ein Vizekanzler Strache an mancher Stelle scheinheiliger wirken wollen als dies SPÖ und ÖVP tun.

Dort, wo sich die Politik von SPÖ/ÖVP von jener der rechtsextremen Parteien unterscheidet, wird nicht von einem antirassistischen Standpunkt aus gehandelt. Es geht lediglich um die Verwertung in der Wirtschaft:

"Um einen Führungsanspruch im Forschungsbereich stellen zu können, müssen die besten Köpfe im F&E-Bereich (Forschung und Entwicklung) nach Österreich geholt werden. Dabei sollen im Rahmen eines umfassenden Screenings alle Politikbereiche (Ausländerbeschäftigung, Steuersystem, etc.) auf mögliche Erleichterungen für Spitzenforscher geprüft werden." (S. 43; 2.3.) und: "Der Zuzug nach Österreich erfolgt nach dem österreichischen Bedarf und entsprechend festgelegter Kriterien." (F.3.; S. 28) Mit "österreichischem" Bedarf ist gemeint, dass Menschen, die nach Österreich kommen, lediglich von Unternehmen entsprechend leicht ausgebeutet werden können.

Die Fortsetzung und gleichzeitig Verschärfung der rassistischen Politik durch die Neue Große Koalition nutzt der FPÖ doppelt. Die an anderer Stelle beschriebene Sozialabbau-Politik von SPÖ/ÖVP wird so lange der FPÖ einen bedeutenden Teil der WählerInnen zutreiben, bis eine echte Alternative vorhanden ist. An der Linken und im speziellen an SozialistInnen liegt es, eine solche aufzubauen.

# ann, Pröll & Co.

innerstädtischen Öffis. Das wäre auch eine wichtige Umweltschutzmaßnahme.

Aber kann eine Regierung gerade in Zeiten der Krise solche Maßnahmen setzen? Wenn sie politisch dazu bereit ist, ja dann kann sie das. 1984 z.B. hatte der Stadtrat in Liverpool (GB) eine sozialistische Mehrheit und stellte dem neoliberalen Kurs der Thatcher-Regierung das Projekt eines "roten Liverpools" entgegen. Zu dessen Leistungen zählten u.a.: Einführung der 35h-Woche bei vollem Lohn, 5.000 neue Sozialwohnungen gebaut (damit mehr als alle anderen Kommunen Englands zusammen!), 12.000 neue Arbeitsplätze in der Baubranche durch öffentliche Bauaufträge geschaffen und eine Erhöhung des Mindestlohns für städtische Beschäftigte. Auch als Thatcher den Geldhahn völlig zudrehte und gleichzeitig den gesamten Stadtrat vor Gericht zerrte, gaben die LiverpoolerInnen nicht auf: In mehreren Generalstreiks kämpften Stadtregierung und die ArbeiterInnenklasse gemeinsam. Dass Liverpool nicht auf Dauer erfolgreich war, lag daran, dass der sozialistische Stadtrat von der Labour Party im Stich gelassen wurde.

Das Beispiel Liverpool zeigt, dass es sogar im Rahmen des Kapitalismus möglich ist, Verbesserungen gegen den Mainstream zu erreichen. Dazu braucht es aber eine entschlossene politische Kraft. Daher treten wir auch für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm ein.

**3** Verstaatlichung der wichtigsten Banken und Unternehmen. Kontrolle und Verwaltung durch die Beschäftigten

Die Bankenhilfspakete können weder die Krise aufhalten noch helfen sie kleinen SchuldnerInnen. Der einzige Ausweg aus der Bankenkrise, der nicht zu Lasten der Beschäftigten und Erwerbslosen geht, führt über die Verstaatlichung aller Banken. Das ist auch die Voraussetzung für eine wirksame Kontrolle. Denn kontrollieren kann man nur, was einem gehört. Solche verstaatlichten Banken können die retten, die gerettet werden müssen. Das bedeutet: Keine Zwangsversteigerungen von Privatwohnungen und Einfamilienhäusern. Entschul-

dung von überschuldeten Haushalten nach Bedürftigkeit. Abschaffung aller Wucherzinsen. Ähnliches gilt auch für Unternehmen: Millionen und Milliarden in Privatunternehmen zu buttern und dann zusehen, wie das Geld für Arbeitsplatzabbau verwendet wird lehnen wir ab. Die Schlüsselbetriebe in der Industrie und im Dienstleistungssektor gehören ebenfalls verstaatlicht. Denn auch



diese agieren nicht im Sinne der Allgemeinheit: Ölpreiserhöhungen z.B. werden sofort an die KonsumentInnen in Form von Preiserhöhungen "weitergegeben", Ölpreissenkungen aber kaum. Wir erinnern uns auch an die steigenden Lebensmittelpreise der letzten Jahre, an denen die Handelsketten gut verdient haben. Aber wir meinen keine Verstaatlichte wie im Österreich der 1970er Jahre sondern Betriebe, die im Sinne der Beschäftigten und der KonsumentInnen geführt werden. Dazu müssen genau diese die Betriebe auch kontrollieren und verwalten. Das geht nicht? Warum - dass die Managements auch nur "mit Wasser kochen", oft offensichtlich keine Ahnung haben was geschieht, dafür aber Spitzenbezüge kassiert ist offensichtlich.

All diese Maßnahmen stehen natürlich im Widerspruch zur kapitalistischen Logik und dem Kapitalismus selbst. Der ja gerade jetzt zeigt, dass er eben nicht das beste aller Systeme ist. Wer also "andere" Politik machen möchte, der muss sich letztlich auch für ein anderes System einsetzen. Darum kämpfen wir für den Sturz des Kapitalismus und die Errichtung einer demokratischen, sozialistischen Gesellschaft.

## Was bringt die neue Regierung?

### Regierungsprogramm und Perspektiven für die ArbeiterInnenklasse

von Markus Klostermann, SLP-Salzburg

Die neue Regierung unterscheidet sich auch im Programm wenig von der alten. Sehr wenige der Vorhaben sind konkret formuliert. Lediglich die schwerste Wirtschaftskrise der Zweiten Republik veranlasst die Regierung zu raschem Handeln. Das österreichische Bankenpaket ist mit 100 Milliarden Euro im Verhältnis zur Bevölkerung schon sehr groß ausgefallen (ca. doppelt so groß wie in Deutschland), nun folgen weitere Maßnahmen um die Wirtschaft zu "stabilisieren"; nämlich in Form der so genannten Konjunkturpakete. Diese sehen vor allem vorgezogene Investitionen des Bundes, aber auch direkte Hilfe für die Wirtschaft in Höhe mehrer Milliarden vor.

Doch all diese Maßnahmen können die Krise vielleicht ein wenig abfedern, aber sicher nicht verhindern. Nachdem jahrelang trotz eines kleinen Wirtschaftswachstums kein Geld für Pensionen, Gesundheitssystem oder der vergleichsweise billigen Abschaffung der Studiengebühren da war, die jährlichen Lohnerhöhungen oft nicht über der Inflationsrate lagen (die Reallöhne im untersten Segment sind auf dem Niveau von 1991) sind für Banken & Konzernen innerhalb weniger Wochen kaum vorstellbare Summen aufgebracht worden. Durch die Krise wird sich die Situation vieler Menschen verschärfen, die Arbeitslosenraten sind bereits jetzt sehr hoch, viele Leiharbeiter unauffällig gekündigt worden und die MitarbeiterInnen etlicher Industriebetriebe in Kurzarbeit. Die Industrie ihrerseits fordert die ArbeiterInnen zum Lohnverzicht auf. Die riesigen Geldmengen, die derzeit der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden, müssen auch von irgendjemand bezahlt werden. Schon jetzt erwartet die Nationalbank eine massive Ausdehnung der staatlichen Verschuldung. Die Hauptleidtragenden werden die unteren Einkommensschichten sein, die schon jetzt schwer ihr Auskommen finden und stärker vom Sozialsystem abhängig sind. Um diese Angriffe abzuwehren und z. B. Kürzungen im Gesundheitssystem zu verhindern, wird es nötig sein innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft Bewegungen aufzubauen, die auch zu Streiks bereit sind.

Die von der Regierung hochgepreisene Steuerreform bringt zwar teilweise Verbesserungen, allerdings vor allem für mittlere und hohe Einkommen. Die Reduktion einiger Einkommens-

steuersätze bringt aber rund 2,6 Mio. Menschen, die aufgrund ihres zu niedrigen Einkommens für dieses gar keine Steuern zahlen genau gar nichts, obwohl sie es wohl am Nötigsten bräuchten. Woher die 2,2 Milliarden Euro für diese Steuerkürzung plus 500 Millionen Euro für andere Maßnahmen kommen sollen ist noch nicht so sicher. Gespart werden soll bei der Verwaltung, 2700 Posten sollen gestrichen werden. Nachdem durch die Finanzkrise, die sich mittlerweile zu einer ausgewachsenen Wirtschaftskrise gemauert hat, die neoliberalen Dogmen nicht mehr haltbar sind stößt das Vorgehen der Regierungen weltweit auf wachsenden Unmut. Die Banken, die die Krise ausgelöst haben werden nach Jahren fetter Gewinne aufgefangen und wir sollen zahlen. Das vermehrte Bewusstsein der Ungerechtigkeit des Kapitalismus kann zu einem erstarken des Klassenbewusstseins und dadurch zu mehr Klassenkämpfen führen.

Einerseits hat die Krise die Übermacht des Kapitalismus gebrochen, die Zustimmung von Privatisierungen sinkt (12%) während die erneute Verstaatlichung von Kernbereichen bereits von 27% unterstützt wird. Das verbessert die Chancen des Aufbaus einer neuen Kraft links von SPÖ und Grünen mit einem kämpferischen, sozialistischen Programm. Auf der anderen Seite kann es auch zur Stärkung von FPÖ und BZÖ führen, wenn es nicht gelingt eine solche Alternative aufzubauen. (siehe Artikel auf dieser Seite). Die Wirtschaftskrise wird die gesamte ArbeiterInnenklasse treffen - für einen erfolgreichen Kampf gegen die bevorstehenden Angriffe der Regierung und Unternehmer ist es notwendig eine neue linke Kraft aufzubauen. Um einen wirklichen Ausweg aus der Krise finden zu können, muss sie ein sozialistisches Programm haben und mit der Logik des Kapitalismus brechen. Die

SLP versucht seit längerem in Österreich, die Sektionen des CWI auf der ganzen Welt, neue Organisationen der ArbeiterInnen aufzubauen. Deshalb haben wir uns auch am Wahlbündnis LINKE beteiligt. Im Angesicht der Krise können die Chancen für den Aufbau einer solchen Kraft steigen. Die Notwendigkeit der Organisation, um gegen die Angriffe der Regierung und den Zuwachs der extremen Rechte zu kämpfen steigt in jedem Fall.

## Ein (Ex-)ÖGB-Präsident als Sozialminister

**Hundstorfer sagt Nein zur Wertschöpfungsabgabe, Nein zur Vermögenssteuer, will die Mindestsicherung frühestens 2010 einzuführen und lehnt die Pensionsanpassung nach dem Pensionistenpreisindex ab. Was bringt also die neue Sozialpartnerschaft auf Regierungsebene?**

von Herbert Wanko, ehemaliger Betriebsrat GMTN

Im Vorfeld zur Nationalratswahl 2006 verbannte Gusenbauer sozialdemokratische GewerkschaftsfunktionärInnen aus Parlament und Regierung. Werner Faymann machte nicht nur die Vertreibung der FSG-FunktionärInnen aus einigen Bereichen rückgängig. Auch das Arbeitsministerium wurde wieder vom Wirtschaftsministerium losgelöst. Die Suche nach dem neuen Arbeits- und Sozialminister dauerte nicht lange. Als optimale Ergänzung zum neuen Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (Wirtschaftskammer) wurde Rudolf Hundstorfer (ÖGB) gefunden. Damit hat Faymann gleich zwei Fliegen mit einem Schlag erwischt. Einerseits wurde die Gewerkschaftsführung mit Ministerehren zufrieden gestellt. Und andererseits scheint die Kombination Hundstorfer-Mitterlehner die "Sozialpartnerschaft" auf Regierungsebene zu garantieren. Ist also wieder alles beim Alten?

Einbindung der ÖGB-Spitze: Kein Ausdruck von gewerkschaftlicher Stärke

Die ersten Aussagen Hundstorfers haben Kritik und teilweise heftige Reaktionen bei verschiedenen Organisationen hervorgerufen. Selbst manche SpitzenfunktionärInnen fühlen sich sichtlich unwohl; auch wenn sie sich um eine klare Aussage herum winden. So kann der im Handstreich zum neuen ÖGB-Chef ernannte Erich Foglar zwar "nicht nachvollziehen, dass Hundstorfer Wertschöpfungsabgabe und Vermögenszuwachssteuer bereits ad acta gelegt hat," und meint, dass es "...schön wäre, wenn wir das rasch umsetzen könnten." (Interview mit Der Standard, 4. 12. 2008) Mehr Kritik an Hundstorfer oder gar ein Plan wie der ÖGB seinen Forderungen nun Nachdruck verleihen möchte, ist von Foglar jedoch nicht zu hören. Auch im Zuge der Proteste gegen das Post-Sparprogramm waren die ÖGB-SpitzenfunktionärInnen mit der SPÖ einigermaßen zufrieden. Den von Werner Faymann verordneten Aufschub der Postamtsschließungen verbuchte die

Gewerkschaft als Erfolg in der Zusammenarbeit mit der SPÖ und gab sich damit weitgehend zu Frieden.

Lediglich Dwora Stein (Bundesgeschäftsführerin der GPA-djp) warnte davor, sich von der SPÖ zu Tode umarmen zu lassen und sagte, dass die Gewerkschaft das, was von SPÖ oder Hundstorfer kommt, kritisch prüfen und wenn notwendig auch dagegen auftreten müsse. Es dürfe keine Beißhemmung geben, da es darum geht ArbeitnehmerInnen-Interessen zu vertreten (Interview im Standard.at, 30. 11. 2008). Doch auch diese Aussage erfasst die Tragweite des Problems nicht. Denn die (Wieder-)Einbindung der SpitzengewerkschafterInnen steht heute nicht für die Angst vor ihrer (potentiellen) Stärke wie in der Hochzeit der Sozialpartnerschaft. Sie ist - nach den Krisen und Demütigungen der abgelaufenen Periode - die "Belohnung" für jene Funktionäre, die ihre Bereitschaft zur bedingungslosen Unterwerfung in den letzten Monaten besonders klar demonstriert haben.

Die nächsten Angriffe kommen mit Sicherheit.

In Wahrheit müssen schon jetzt jene, die für die Finanz- und Wirtschaftskrise überhaupt nichts können, diese ausbaden. Werksschließungen, Kurzarbeit und ein rasantes Ansteigen der Arbeitslosigkeit sind erst der Anfang. Zusätzlich ist zu befürchten, dass auch von Unternehmen, denen es nicht schlechter geht, unter dem Deckmantel der Krise Arbeitsplätze abge-

baut werden. Wird die Krise dann überwunden und wieder Personal aufgenommen, so werden durch niedrigere Einkommen wieder die ArbeitnehmerInnen übers Ohr gehauen.

Wie die Finanzierung der Finanzspritzen und Konjunkturpakete in Milliardenhöhe aussehen soll, steht nicht mehr in den Sternen: Finanzminister Pröll hat für 2009 harte Sparmaßnahmen angekündigt. Dagegen muss(t)en die Gewerkschaften schon jetzt auftreten. Keine Milliarden-geschenke an die Wirtschaft sondern die Übernahme der "hilfsbedürftigen" Unternehmen durch die öffentliche Hand. Aber nicht unter die Kontrolle von hochbezahlten ManagerInnen z. B. in der ÖIAG, sondern unter die Kontrolle der Beschäftigten. Mit dem Ziel die Bedürfnisse der Bevölkerung zu decken und nicht die einiger AktionärInnen und profitgieriger AnlegerInnen. Auch mit der jetzigen Krise zeigt der Kapitalismus, dass er nicht funktioniert und bietet auch für die Gewerkschaften die Chance mit alternativen Wirtschaftskonzepten zu punkten. Eine andere, eine sozialistische - auf die Bedürfnisse der Allgemeinheit ausgerichtete - Gesellschaft ist notwendig und möglich. Dazu müssen auch die Gewerkschaften ihre eigentliche Stärke wieder erkennen und nicht nur mit halbherziger Kritik, sondern mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dafür kämpfen, anstatt mit den KapitalistInnen zu packeln und gleichzeitig die ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen, die Jugendlichen und PensionistInnen die von den KapitalistInnen eingebrachte Suppe wieder auslöffeln zu lassen.

# AntirassistInnen gesperrt

## Skandal um FP-Graf geht weiter

Der FPÖ-Politiker Martin Graf (Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft Olympia) ist als Präsident des kleinen Wiener Fußballvereins Hellas Kagan verantwortlich für die Suspendierung von drei Spielerinnen. Ihr "Verbrechen": Sie sind gegen Graf und seine rechte Gesinnung. Sie sind nicht alleine - sondern bekommen viel Unterstützung. Der Wiener Fußballverband aber sperrt Spieler, die sich mit den drei Spielerinnen solidarisieren. Vorwärts interviewt Sebastian Kugler, 16, Mittelfeldspieler bei Union AC Mauer.

VORWÄRTS Du hast Dich mit den drei suspendierten SpielerInnen solidarisiert. Warum?

Sebastian Kugler: Weil es nicht sein kann, dass Spielerinnen, die sich gegen Rechtsextremismus in ihrem Verein wehren, einfach so suspendiert werden. Die Spielerinnen wurden aus fadenscheinigen Gründen suspendiert und dagegen wollte ich protestieren. Martin Graf missbraucht seine Position als Präsident von Hellas Kagan, um politische Gegner aus dem Weg zu räumen. Und außerdem ist Martin Graf für seine rassistische Gesinnung bekannt, und ich finde, dass so jemand weder ein hohes Staatsamt bekleiden, noch Präsident eines Fußballvereins sein sollte.

VORWÄRTS Aber hat Politik am Platz überhaupt was zu suchen?

Sebastian Kugler: Das solltest du Martin Graf fragen! Immerhin hat er den Platz von Hellas Kagan für eine Wahlkampfveranstaltung der FPÖ missbraucht. Umso lächerlicher ist es dann, zu argumentieren, dass Politik am Platz nichts verloren hat. Fußball ist hochpolitisch, egal ob ganze Vereine verkauft werden oder Parteifunktionäre im Vorstand kleiner Vereine sitzen. Dieser Vorfall hat ja gezeigt, dass Fußball keineswegs unpolitisch ist, wie gerne von denen behauptet wird, die ihn politisch missbrauchen. Zur Zeit ist er im Fall von Hellas leider eben in der Hand der Rechten, und dass will ich nicht akzeptieren.

VORWÄRTS Was hast du konkret gemacht?

Sebastian Kugler: Es ging um eine symbolische Aktion. Ich wollte zeigen, dass ich die Vorgänge bei Hellas Kagan nicht ok finde, vorsichtig gesagt, und dass ich mich mit den suspendierten Spielerinnen solidarisch zeige. Beim Aufwärmen trug ich ein T-Shirt, auf dem stand: "Zeigt Martin Graf die rote Karte! Und: Lasst Margarita, Irene und Luzia spielen!" Sofort kamen ein paar ältere Herren von Hellas Kagan und haben sich fürchterlich aufgespielt und mit Konsequenzen gedroht. Einer ging mich sogar körperlich an, um den anderen das T-Shirt zu zeigen. Wir wurden gezwungen, die T-Shirts auszuziehen. Erst dann konnte das Spiel ausgetragen werden.

VORWÄRTS Ihr wurdet vom Wiener Fußballverband gesperrt - warum?

Sebastian Kugler: Ja, das würde ich auch gerne wissen! Paradox ist ja, dass ich und die anderen, die die T-Shirts trugen, wegen dem Rassismus- und Diskriminierungs-Paragraphen verurteilt wurden. Das klingt einerseits lächerlich und witzig, da wir ja gegen einen Rassisten protestiert haben, ist aber dann schon wieder weniger komisch, wenn man bedenkt, dass wir jetzt für 3-4 Spiele gesperrt wurden. Es ist einfach eine bodenlose Frechheit und zeigt wieder einmal, was für Leute Einfluss im Wiener Fußballverband haben und wie es hilft, gute Kontakte zu haben. Das Urteil kann ich jedenfalls überhaupt nicht verstehen und will es auch nicht akzeptieren. Ich will aber nicht nur juristisch dagegen berufen, sondern auch weiterhin



Sebastian Kugler

gegen Rassismus aktiv sein.

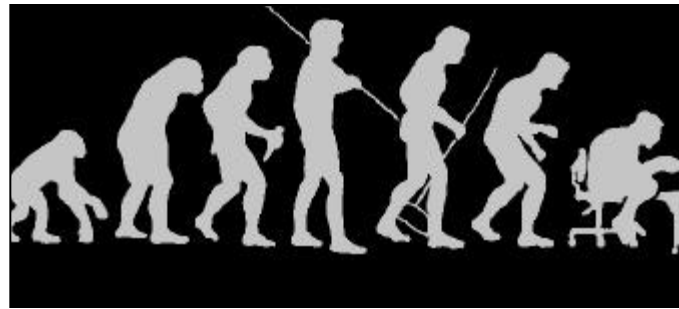
VORWÄRTS Im Nachhinein betrachtet: War die Aktion falsch?

Sebastian Kugler: Also von meiner Warte aus: Nein, ganz sicher nicht. Ich konnte zwar nicht damit rechnen, was für drakonische Strafen darauf stehen, sich gegen Rechtsextremismus zu wehren, aber ich bereue die Aktion überhaupt nicht. Man darf das Feld einfach nicht den Rechten überlassen. Fußball ist ein Team-sport, und in einem Team hat Rassismus nichts zu suchen.

VORWÄRTS Zum Abschluss: Dein Tipp für andere SpielerInnen, die mit Rechtsextremismus und Rassismus am Platz konfrontiert sind?

Sebastian Kugler: Alleine ist es sehr schwierig, etwas zu unternehmen. Man braucht auf jeden Fall Unterstützung. Man sollte sich auch über etwaige Konsequenzen informieren, da es gut sein kann, dass man vielleicht, so wie ich, in Schwierigkeiten kommt. Aber wenn man sich mit anderen SpielerInnen zusammenschließt, kann man Kampagnen organisieren und kleinere Aktionen planen. Bei größeren Sachen hilft es auch, an die Öffentlichkeit zu gehen, um Druck zu erzeugen. Außerdem gibt es eine Reihe antirassistischer Organisationen rund um den Fußball wie zum Beispiel die "Friedhofstribüne" oder "Fair Play".

VORWÄRTS Danke für das Gespräch.



## Darwin hat Geburtstag

### ... und vor 150 Jahren erschien sein Werk "Über die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl"

Von Albert Kropf, SLP-Wien

Darwin, ein studierter Theologe, veröffentlichte das Buch am 24. November 1859. Den Inhalt trug er schon seit Jahren mit sich herum. Er konnte sich jedoch zu keiner Veröffentlichung hinreißen. Er hatte Angst vor den nicht absehbaren Folgen und der absehbaren vernichtenden Kritik. Darwins Darstellungen waren von den Ergebnissen und Umwälzungen der Industrialisierung geprägt. Er fand den Vergleich der Natur mit einem Industriebetrieb aber auch der Funktionsweise des Kapitalismus an sich. Je weiter fortgeschritten die Arbeitsteilung ist, desto effizienter kann produziert werden. Umgelegt auf die Natur hieß das, je spezialisierter eine Gattung, desto effizienter ist sie im Überlebenskampf. Was Darwin dachte, war auch nicht neu. Schon das ganze 19. Jahrhundert wurde über die Evolution gestritten und Gedanken in diese Richtung formuliert. Wie zum Beispiel von seinem eigenen Großvater Erasmus Darwin. Und schließlich war er auch da nicht der Einzige und Erste. Alfred Russel Wallace formulierte zeitgleich mit Darwin die Evolutionstheorie. Dass Darwin die ganze Ehre der "Entdeckung" der Evolutionstheorie zu Teil wurde, ist seiner höheren sozialen Stellung und seinen einflussreichen Wissenschaftler Freunden zu verdanken.

Die damaligen Auseinandersetzungen erinnern an die heutige Debatte zwischen Evolution und "Kreationismus". Hier gilt es Darwins Verdienste

zu verteidigen. Auf der einen Seite die Wissenschaft (Evolution), auf der anderen die Kirche (egal welche Konfession). Kann Perfektes zufällig geschaffen sein? Mit dieser Fragestellung gingen die Theologen schon im 18. und 19. Jahrhundert gegen die Wissenschaft vor. Der englische Theologe William Paley brachte ist mit seiner Uhrmacher-Analogie auf den Punkt. Demnach ist es völlig klar, dass wenn jemand spazieren geht und schönen Stein findet, dass dieser nicht von Gottes Hand, sondern durch äußere Einflüsse gestaltet wurde. Findet aber nun der gleiche Spaziergänger eine Uhr am Wegesrand, wird er doch nicht glauben, dass der Zufall diese Uhr gestaltet habe. Es ist klar, dass Menschenhand sie geschaffen haben muss. Ähnlich sei es nun auch beim Menschen und komplexen Lebens- und Pflanzenformen. Sie sind so komplex und wohl-durchdacht, dass sie nur durch Gotteshand geschaffen sein konnten. Heute wird dieser alte Hut von der konservativen Rechten als "Intelligent Design" wieder verkauft. Wie zum Beispiel vom Wiener Erzbischof Schönborn. Die Wissenschaft bedient sich der Forschung und dem reicher werdenden Erkenntnissen. Die Religion verweist auf einen Gott. Hätte sich die Menschheit mit Hr. Schönborns Erklärungsmuster stets zufrieden gegeben, gäbe es keinen Fortschritt und Herr Schönborn selbst säße heute nicht im erbischöflichen Palais, sondern in einer Höhle im Wiener Wald.

## Regierung alt, Regierung neu – Angriffe auf die ArbeitnehmerInnen rollen weiter

### SLP: Gegen Krise, Krieg und Kapitalismus

Von Karin Wottawa, SLP Wien

Die SLP beteiligte sich Anfang Dezember an den Protesten der MitarbeiterInnen von Post und Telekom. Die Postgewerkschaft kündigte Kampfmaßnahmen an – es blieb aber bei einigen kleineren Aktionen. Während der Proteste vertraten SLP-AktivistInnen die Position, sich gegen die Angriffe mit Kampfmaßnahmen zur Wehr zu setzen sowie eine (Re)Verstaatlichung der Post zu fordern. Die Stimmung war kämpferisch – die Ergebnisse bekanntlich nicht (siehe S.3).

Gegen Krise: Ein weiteres Feld das Angriffe auf unsere Rechte

und unser Geld erwarten lässt, ist die mit aller Gewalt hereingebrochene Wirtschaftskrise. Die Bundessprecherin der SLP, Sonja Grusch, diskutierte auf einem prominent besetzten Podium mit Winfried Wolf (Chefredakteur Luna Park 21), Lucas Zeise (Financial Times Deutschland) und Christian Schoda (attac Österreich) bei einer Veranstaltung von Luna Park zum Thema "Finanz- und Wirtschaftskrise" in Wien.

Ihre zentralen Aussagen waren, dass die Krise des Kapitalismus nicht allein durch Regulierungsmaßnahmen in den Griff zu bekommen ist, sondern dass es sich um eine fundamen-

tal Krise handelt, die im Rahmen des Kapitalismus nicht lösbar ist und daher sozialistische Alternativen zum System nötig sind. Bemerkenswert: Das Interesse war sehr rege, der Veranstaltungssaal platzte aus allen Nähten. Und Sonja sozialistische Position sowie ihre Erklärung, dass Sozialismus nichts mit den stalinistischen Diktaturen in Osteuropa zu tun hat erhielten sehr positive Resonanz. Aus aktuellem Anlass und um den AktivistInnen der SLP die Möglichkeit zu geben sich wieder speziell mit marxistischer Wirtschaftstheorie zu beschäftigen fand im Dezember ein Seminar statt, in dem besonders die Analyse der

jetzigen Krise zentrales Thema war.

Gegen Krieg: Im Jänner beteiligte sich die SLP, wie auch unsere Schwesterorganisationen rund um die Welt – u.a. in Israel und dem Libanon – an den Protesten gegen den Angriff Israels auf Gaza. Die Position der SLP ist zweifellos komplizierter, als die anderen Gruppen – beschränkt sich aber nicht auf ein nationalistisch geprägtes gut-böse Schema sondern hat die Interessen der ArbeiterInnenklasse im Zentrum.

Gegen Kapitalismus: Die AktivistInnen der SLP in Salzburg beteiligten sich an den Protesten gegen die Schließung der Papierfabrik in Hallein und konnten

zwei neue Mitglieder gewinnen. Warum sie beigetreten sind? Einer der beiden neuen Mitglieder Daniel (19, Schüler): "Die Tatsache, dass Menschen und Natur unter dem Kapitalismus leiden, stört mich erheblich. Ich möchte gegen dieses Leiden ankämpfen und den Sozialismus aktiv unterstützen."

#### SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein "All-Inclusive-Abo" eben. PSK 8812.733

#### DIE SLP-TREFFPUNKTE

##### LINZ

jeweils Montag, 18.30 Uhr,  
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

##### NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig,  
Infos: Tel. 01/524 63 10 oder slp@slp.at

##### SALZBURG

Salzburg Stadt  
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,  
"Shakespeare", Salzburg,  
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

##### Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

##### WIEN

Jugend-Gruppe  
jeden Montag um 18.30,  
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8,  
(U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

##### SLPWien-West

jeden Mittwoch um 19 Uhr,  
Gasthaus "Zypresse",  
7., Westbahnstrasse/Kaiserstrasse,  
(Nahe Urban-Loritz-Platz)

##### SLPWien-Nord

jeden Donnerstag um 18.30 Uhr,  
Pizzeria La Piazza, 20., Gaussplatz 7  
(31er Gaussplatz, U4 Friedensbrücke)

##### SLPWien-Süd

jeden Donnerstag um 19 Uhr,  
Rüdigerhof, 5., Hamburgerstraße 20,  
(U4 Pilgramgasse)

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

## Gefällt Dir das Vorwärts?



## Abo bestellen!

Tel.: 01/524 63 10  
oder EUR 18,00\*  
an PSK 8812.733  
überweisen.

Namen, Anschrift und  
Kennwort "Abo"  
nicht vergessen!

\* Sozialpreis für Menschen ohne  
eigenem Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben  
inkl. Porto und Versand

#### SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP, österreichische Sektion des CWI  
[www.slp.at](http://www.slp.at)  
Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI  
[www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)  
Site of the CWI in English (and other Languages)  
[www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net)  
Special CWI-Site on China (English, Chinese)  
[www.chinaworker.org](http://www.chinaworker.org)  
Paginas del CIT/CWI en español  
[www.mundosocialista.net](http://www.mundosocialista.net)

TIPP: Auf [www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net) findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland



Neues aus dem CWI

## AUSTRALIEN Socialist Party erkämpft Rekordergebnis

von Resa Klabacher, SLP-Linz

Bei den Gemeinderatswahlen Ende November 08 in Melbourne/Australien gelang es Stephen Jolly von der Socialist Party (australische Sektion des CWI) sein Amt als Stadtrat zu verteidigen. Er gewann mit einem Rekordergebnis von 29,9% in Langridge, Stadtteil von Yarra, und lag somit vor den Grünen und der sozialdemokratischen Labour Party.

Langridge hat etwa 20.000 Einwohner. In der langjährigen Hochburg der Sozialdemokratie gab es in den 60er Jahren eine hohe Zuwanderung. In den 90er Jahren war der Stadtteil wegen der Innenstadtnähe sehr beliebt bei StudentInnen und KünstlerInnen. Dadurch hat sich ein gemischtes Szeneviertel mit vielen Bars, Platten- und Modengeschäften gebildet. Die Socialist Party vertritt in dieser Zeit der Verteuerung konsequent die Interessen der ArbeiterInnenschaft. Die Steigerung der Gebühren, Mieten und Preise betrifft vor allem die AlleinerzieherInnen, ArbeiterInnen, Jugendliche und PensionistInnen. Mit Kampagnen, AnrainerInnenmobilisierungen, Kundgebungen und Petitionen wurde Druck auf den Stadtrat ausgeübt und somit die schlimmsten Entwicklungen abgewehrt bzw. abgefedert. 2004 wurde dann das langjährige Mitglied des CWI Stephen Jolly in den Stadtrat gewählt. Er nutzte den Stadtrat als Bühne für die konsequente Vertretung sozialer Anliegen, Gewerkschaftsfragen und lokaler Kampagne.

Im Mittelpunkt dieser Wahlen stand der Kampf gegen Mietsteigerungen, für mehr Kindergärten und Spielplätze und für mehr SozialarbeiterInnen. Es wurden ca. 8.000 Haushalte besucht und jeder Haushalt in ganz Yarra hat zumindest ein Flugblatt erhalten. Insgesamt halfen über 120 Nicht-SP-Mitglieder im Wahlkampf mit. Auch in den zwei anderen Stadtteilen in denen kandidiert wurde, Melba und Nichols, wurden trotz der Konzentration auf Langridge 2,1% und 5,5% errungen.

Mit dem Rückenwind dieses Wahlerfolges versuchen die AktivistInnen der Socialist Party nun auch neue Mitglieder zu gewinnen. Der erste offizielle Akt war die Gemeinderatssitzung am 15. Dezember, bei der beschlossen wurde, dass die Bezüge der StadtratInnen um 25% erhöht wird – natürlich gegen die Stimme von Stephen. Gleichzeitig wird behauptet, dass eine regelmäßige Entsorgung des Sondermülls zu kostspielig sei. Die Arbeit geht also weiter ...

www.socialistworld.net

Von Tom Stanford, SLP-Wien

Schon mehr als 800 Tote (Stand 10.1.2009), 3000 Verwundete – nur einige Tage nach dem Anfang des Angriffes auf Gaza. Laut der israelischen Führung und deren Unterstützern in der US-Regierung, sei es nur berechtigte Selbstverteidigung gegen Raketenanschläge der Hamas auf die Zivilbevölkerung Israels. Doch kann in der Realität von Selbstverteidigung gesprochen werden? In den ganzen acht Jahren seit 2001 sind 18 israelische Zivilisten durch Hamas-Raketen gestorben. Jeder einzelne zuviel, aber tatsächlich gefährdet nun vor allem dieser neuerliche Militärschlag Israels die Sicherheit der eigenen Bevölkerung in dem er die Saat für neue Gewalt aussät.

In Israel finden im Februar Parlamentswahlen statt. Wegen der verschlechternden wirtschaftlichen und sozialen

Lage ist die israelische ArbeiterInnenklasse mit den Regierenden sehr unzufrieden. Ein Drittel der israelischen Kinder lebt jetzt in Armut. Die ArbeiterInnen und arme Leute sollen von der Wirtschaftskrise und den Angriffen auf die Lohnabhängigen abgelenkt werden. Nach der Niederlage in Libanon 2006 will die Regierung nun einen Sieg gegen die Hamas erringen – sowie einen Sieg an den Wahlen.

### Ziele des Imperialismus

Die USA-Regierung unterstützt Israel ohne Vorbehalt bei dem Angriff – Bush hat ausdrücklich die Schuld für diesen Krieg ausschließlich der Hamas gegeben. Obama schweigt, während die EU den Staat Israel nur wegen der "übermäßigen" Reaktion kritisiert, nicht wegen der andauernden Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung. Es sind auch "strategi-



sche Partner" – sprich Schachfiguren – der USA im Nahosten, wie Ägypten, das bei der Blockade kooperiert hat, und sich noch immer weigert, seine Grenze zu Gaza zu öffnen. Und der "Krieg gegen den Terror" der jetzt von Israel gegen die Hamas geführt, könnte noch ausgebreitet werden (Libanon, Iran,...) und die Frage der direkten Involvierung von US-Militär auf die Tagesordnung stellen.

Keine Unterstützung der Hamas durch die Anti-Kriegsbewegung!

Manche Linksgruppen in Europa glauben, wir müssten die Hamas – trotz ihrer reaktionär-islamistischen Politik – unterstützen, denn diese Organisation sei der Ausdruck des Widerstands des Volkes gegen Unterdrückung und Imperialismus. Wir halten diesen Standpunkt für falsch

und gefährlich. Die Befreiung von unterdrückten Völkern braucht die Solidarität von unterdrückten Menschen, ArbeiterInnen, armen BauerInnen, in allen Ländern. Die Methoden der Hamas (Selbstmordanschläge, Raketenangriffe, Zivillisten als Schutzschilde) schadet der eigenen Bevölkerung und führt vor allem zu einer Entfremdung von der israelischen ArbeiterInnenklasse. Alle Versuche, die Arbeiterklasse nach Religion, Nationalität, oder Geschlecht, zu teilen, müssen stark bekämpft werden. Denn Angriffe auf Zivillisten auch im Rahmen des Widerstands dienen nur den Interessen der herrschenden Klasse.

Einheit der ArbeiterInnenklasse

Die PalästinenserInnen haben das Recht, sich durch bewaffnete Aktionen zu vertei-

digen. Aber diese Verteidigung sollte unter der demokratischen Führung der breiten Bevölkerung stehen und versuchen, mit der Solidarität der internationalen ArbeiterInnenbewegung zu handeln. Dieser Krieg wird gegen die Interessen von der gesamten ArbeiterInnenklasse und armen BauerInnenschaft des Nahen Ostens geführt. Daher kann der Nahost-Konflikt nur durch die Vereinigung von Palästinensischen und Israelischen ArbeiterInnen gegen Unterdrückung, Imperialismus und Kapitalismus überwunden werden. Jetzt können und müssen schon alle Organisationen der ArbeiterInnenklasse, Gewerkschaften, linke Parteien und Bewegungen, sich eindeutig gegen den barbarischen Angriff auf Gaza aussprechen und aktiv betätigen.

## Chronologie

Juni 07	Beginn der Hamas-Verwaltung von Gaza (nach Wahlsieg)
August 07	Anfang der Blockade von Gaza
Juni 08	Waffenstillstand zwischen Hamas und Israel Blockade nie beendet, im Gegensatz zu den Bedingungen des Abkommens
4. Nov. 08	Tunnel in Gaza von Israel bombardiert: sechs Todesopfern
19. Dez. 08	Ende des Waffenstillstands – Raketen aus Gaza abgefeuert
27. Dez. 08	Israelischer Angriff auf Gaza
3./4. Jänner 09	Bodenoffensive

# Wenn die Banken krachen ...

## Islands Wandel vom kapitalistischen Wunderland zum Krisenfall

Von Lila Ramharter, SLP-Wien

Island, als Kleinstaat im hohen Norden bisher den Medien kaum einer Erwähnung wert, befindet sich seit einigen Monaten in aller Munde. Grund dafür sind die horrenden Auswirkungen der Finanzkrise auf den Inselstaat. Was Europa und die USA noch mit aller Gewalt abzuwenden versuchen, ist dort bereits Realität geworden: drohender Staatsbankrott, Währungsverfall und Massenarmut.

Privatisierung positiv?

Erst 2003 wurden Islands Banken erstmalig privatisiert. Mit der daraus resultierenden Teilnahme am Weltmarkt kaputtulierte sich der Zwergstaat binnen weniger Jahre in die 'Hall of Fame' des Kapitalismus. Island wurde oft und gerne als bestes Beispiel für das Funktionieren des Kapitalismus genannt, stand im HDI (Human Development Index)

Demonstration in Reykjavik



weltweit an erster Stelle und die Bevölkerung wurde reicher und reicher.

Da die Banken während dem Boom großzügige Zinssätze vergaben, war Island auch bei Investoren aus dem Ausland sehr beliebt. Spekulanten nahmen in Niedrigzinsländern (z.B. Japan) Kredite auf, die sie dann auf isländische Konten legten, um so durch den Unterschied der Zinssätze Gewinne zu machen.

Und auch die Isländer selbst

hatten in dieser Zeit vollstes Vertrauen in die Banken und in ihre Währung, die isländische Krone: rund 10% der 300.000 Menschen umfassenden Bevölkerung besaß Aktien der Banken, etwa ebenso viele nahmen Fremdwährungskredite auf.

Die Krise trifft die Bevölkerung hart

Doch die Wirtschaftskrise machte dem Ganzen ein Ende.

Die Banken, die während dem Boom Millionenkredite vergaben, kamen ins Straucheln. Die isländische Krone verlor dramatisch an Wert. Dadurch, und aus Angst vor einem Zusammenbruch zogen mehr und mehr ausländische Investoren ihr Geld aus Island ab. Der Verlust dieser Konten versetzte den isländischen Banken schließlich den Todesstoß. In den letzten Monaten wurden die drei größten Banken, zuerst Glitnir, dann Landsbanki und Kaupthing, verstaatlicht. Doch der Buchwert dieser drei Banken überstieg das Bruttoinlandsprodukt Islands um ein Vielfaches, wodurch die Staatsgarantien für die Banken den Inselstaat in den Bankrott trieben. Die Aktien der Banken wurden wertlos, die meisten Pensionsfonds sind auch stark betroffen. Nicht nur für die rund 30.000 Isländer, die Fremdwährungskredite aufgenommen haben, ist der Verfall der Krone eine absolute Katastrophe. Genauso gilt das für die tausenden polnischen

Arbeiter in der isländischen Fischereiindustrie, deren Ersparnisse sich nun in Nichts auflösen.

Auch die Arbeitslosigkeit ist rapide angestiegen: Gab es 2007 eine annähernde Vollbeschäftigung (1% Arbeitslose), so ist die Arbeitslosenrate allein im Oktober um die Hälfte gestiegen und Ende Jänner wird mit 6-7% Arbeitslosigkeit gerechnet.

Kapitalismus ist nicht die Lösung!

Der Kleinstaat hat sich nun gewandelt vom kapitalistischen Musterschüler zur kapitalistischen Katastrophe. Mehr noch: Es führt uns vor, wie tief die Krise sich auch hierzulande entwickeln kann; etwa wenn hier die Staatsgarantien für die Banken schlagend werden sollten. Diese Krise ist – weder in Island noch global betrachtet – letztlich kein Unfall, sondern die zwingende Folge des Kapitalismus.

# Jugend in Revolution

*Griechenland, Frankreich, Italien, Deutschland:  
In ganz Europa gehen Jugendliche auf die Straße!*

Von Lisa Wawra, SLP-Wien

Der Tod eines 15-Jährigen am 6. 12. in Athen durch Polizeischüsse löste eine Welle von zum Teil gewalttätigen Massenprotesten in Griechenland aus. Eine Chance die Bewegung in Bahnen zu lenken welche tatsächlich die Regierung stürzen könnte, wurde leider von der Gewerkschaftsführung verpasst: Die Bewegung fiel nämlich mit einem, schon seit längerem für den 10.12. geplanten, Generalstreik gegen die Regierungspolitik zusammen. Der Streik fand statt, aber die Gewerkschaft sagte aufgrund der Proteste die Demos ab und rief nur zu Kundgebungen auf. Trotzdem: Am 19.12. streikten LehrerInnen und öffentlich Bedienstete. An diesem Tag waren außerdem 200 (von 400) Universitäten und 700 (von 3.000) Schulen besetzt und alleine in Athen 20.000 Menschen auf der Straße. Am 24.12. forderten hunderte DemonstrantInnen in Athen die Freilassung der (bereits über 300) Festgenommenen. Der Hintergrund der Proteste: 25% der 15- bis 24-Jährigen sind arbeitslos. SchülerInnen sehen sich mit einem repressiven Schulsystem, Studierende mit der Öffnung der Universitäten gegenüber dem Privatsektor konfrontiert. Die Bevölkerung ist von hoher Inflation und einem niedrigen Lohnniveau betroffen. Die Regierung hat hingegen – trotz Gewinnen der Banken – ein 28 Mrd. Euro-Bankenpaket von verabschiedet und spart u.a. im Gesundheitswesen. 70 % fordern inzwischen Neuwahlen.

Kämpferisch und politisch

Aber auch in Italien kämpfen SchülerInnen, StudentInnen und prekär Beschäftigte

miteinander, und haben in Rom schon die Rücknahme eines "Bildungspakets" mit Milliardenkürzungen erreicht. Junge Menschen beginnen sich angesichts der tristen Aussichten nach ihrem Schul- oder Lehrabschluss wieder mehr mit ihrer Situation auseinanderzusetzen. Der Trend vom Single-Issue Protest geht immer mehr Richtung politischen Forderungen, und einer Infragestellung des Systems in dem wir leben an sich.

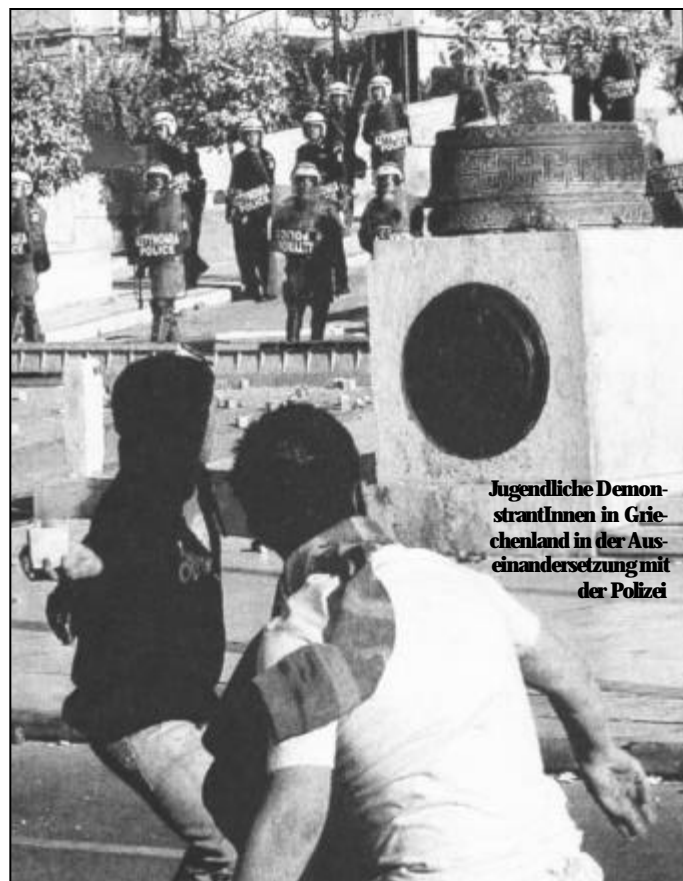
Deutschlands Jugend protestiert

Die derzeitige Wirtschaftskrise lässt die Wut am System noch zusätzlich steigen. Fand man zB in Deutschland bis jetzt immer mehr Jugendliche in diversen Umwelt- und Tierschutzorganisationen, so verbünden sich jetzt 1000ende SchülerInnen und StudentInnen um gegen die Bildungsreformen in Deutschland, die massive Verschlechterungen bedeuten, auf die Straße zu gehen. In Frankreich verbünden sich die Schüler der Banlieues mit den Schülern und

StudentInnen der Innenstadt. Was die deutsche Zeitung "Die Zeit" am 31.12. 2008 über Italiens Proteste schrieb könnte so bald für ganz Europa gelten: "1968 bildeten Arbeiterschaft und Studenten eine geschlossene Front. Heute ist die Situation ähnlich: Die Studenten und Oberschüler marschieren Seite an Seite mit (...) jenen Arbeitnehmern, die durch die Wirtschaftskrise und Kürzungen der Regierung um ihre prekären Stellen fürchten. Und auch die Lehrer und Eltern der Studenten gehen mit auf die Straße."

Und Österreich?

Bei Jugendprotesten war Österreich schon in den 1980er und 1990ern keine Ausnahme mehr. Es gab massive Bewegungen von Studierenden und SchülerInnen gegen die Sparpolitik. Auch die Widerstandsbewegung gegen Blauschwarz 2000 sowie die Proteste gegen Gusenbauers gebrochene Wahlversprechen wurden v.a. von jungen Menschen getragen. Eine – erfolgreiche – Protestwelle gegen die Spar-



maßnahmen die uns die künftige Regierung aufbrummen möchte, könnte nicht zuletzt dazu beitragen, den Einfluss

der rechtsextremen Parteien auf Jugendliche entscheidend zurück zu drängen.

## "Wir fordern den Rücktritt der Regierung"

Interview mit GIANNOS NIKOLAOU

VORWÄRTS: In den Medien wird in erster Linie über die Ausschreitungen berichtet. Wie werden diese innerhalb der Bewegung gesehen?

Giannos Nikolaou: Anfangs unterstützten viele die Kämpfe bzw. versuchten nicht, sie zu verhindern. Aber die anhaltende Gewalt hat die Stimmung verändert und viele Leute sind jetzt dagegen, weil Gewalt zu nichts führt. Sie hält außerdem Leute davon ab, auf Demos zu gehen.

VORWÄRTS: Wie siehst du die Po-

litik der Gewerkschaftsführung und welche Rolle spielt die PASOK?

Giannos Nikolaou: Die, von der PASOK geführten, Gewerkschaften haben nicht versucht, die Bewegung zu organisieren. PASOK will in die nächste Regierung und wird dort – wie auch schon in der Vergangenheit – ebenfalls neoliberale Politik umsetzen. PASOK sieht sich deshalb durch Syriza bedroht und behauptet, dass Syriza die Ausschreitungen organisiert habe.

VORWÄRTS: Welche Rolle spielen die KP und Syriza?

Giannos Nikolaou: Die KP hat die Vorwürfe der PASOK aufgegriffen und so versucht, die Bewegung zu spalten. Es ist bezeichnend, dass die Regierung der KP für ihre Politik gratuliert hat... Syriza hat im Gegensatz dazu die Bewegung durch Kampagnen unterstützt.

VORWÄRTS: Welche Perspektiven siehst du für die Bewegung? – Was fordert Xekinima (griechische Schwesterpartei der SLP)?

Giannos Nikolaou: Wichtig ist, dass die Bewegung auch nach den Weihnachtsferien anhält. Wir fordern den Rücktritt der Regierung

und die Rücknahme aller neoliberalen Maßnahmen. Griechenland braucht eine linke Regierung mit sozialistischem Programm. Abschließend möchte ich sagen, dass die Solidarität in anderen Ländern sehr ermutigend ist.

Giannos Nikolaou ist Student an der Universität in Thessalien und Mitglied von Xekinima, die innerhalb des Linksbündnisses Syriza arbeitet.

Giannos Nikolaou spricht am 25. 1. beim Jugendkongress "Linke Antworten auf Rassismus und Wirtschaftskrise"

## Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher – der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft – Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr  
Programm!

Das Programm der  
Sozialistischen Linkspartei  
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!